

Mitteilungen an Freunde und Förderer

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 1
Januar/Februar 2010

Russland: Wintereinberufung mit brutalen Verfolgungsmethoden

Protest erfolgreich – Offiziere wegen Grausamkeit entlassen

Am 2. Oktober 2009 hatten drei Offiziere 16 junge Soldaten in der Einheit 02511 in Kamenka bei Wyborg (Leningrader Gebiet) brutal zusammengeschlagen und miss-handelt, weil sie das von den Offizieren erpresste Geld nicht beibringen konnten. Der 18-jährige Roman Kasakow (Bild), dem die Schädeldecke eingeschlagen wurde, ringt immer noch mit dem Tode.



Um das Verbrechen zu vertuschen, sperrten Offiziere den Jungen in das Privatauto eines Vorgesetzten und versuchten, ihn mit Abgasen zu vergiften. Als er schließlich bewusstlos gefunden worden war, verweigerten die Vorgesetzten eine Überführung in das renommierte Burdenko-Militärhospital. Stattdessen stellte die Militärstaatsanwaltschaft einen Bescheid aus, wonach Kasakow einen Selbstmordversuch unternommen hatte.

Das Schicksal von Roman Kasakow ist besonders tragisch: Am 23.12.2009 wurde er Vater; seine Familie ist jetzt mittellos.

Dem Rekruten Wladimir Romanow, der ebenfalls verprügelt worden war, gelang es, aus der Einheit zu fliehen und dem Soldatenmütter-Komitee St. Petersburg zu berichten. Erst als die Soldatenmütter und die IGFM das Verbrechen publik gemacht und die Bestrafung der Täter verlangt hatten, setzte die Militärstaatsanwaltschaft eine Untersuchung ein. Am 1. Dezember 2009 wurde das gesamte Kommando der Einheit in Kamenka auf Befehl des Verteidigungsministeriums abgesetzt.

Damit allein ist es jedoch nicht getan. In allen Teilen Russlands wird das Prinzip zu bedingungsloser Pflicht und Gehorsam nicht nur im Kriegs- und Verteidigungsfall, sondern von korrupten Offizieren auch zur

Befriedigung ihrer Gelüste gegen die Untergebenen durchgesetzt. Bisher konnten sich die Offiziere darauf verlassen, dass die brutalen Verbrechen mit Wissen oder Duldung der obersten Militärführung vertuscht werden konnten. Ein Beispiel dafür war und ist die „Fracht 200“, der zugeschweißte Sarg, den Angehörige bei Strafandrohung nicht öffnen dürfen. Sie können damit nicht mehr persönlich Abschied nehmen und müssen den Aussagen auf dem Totenschein Glauben schenken.

Die Soldatenmütter-Komitees kämpfen nicht nur für die Wahrheit über die Todesursachen und stehen Opfern solcher Übergriffe juristisch zur Seite, sondern sie klären über die Rechte, insbesondere die

Menschenrechte der Soldaten, auf und setzen sich für ein verbrieftes Recht auf Zivildienst ein, das in den meisten Fällen in den Prüfungskommissariaten verweigert wird.

Der überwiegende Teil der russischen Bevölkerung weiß nicht, dass der Dienst in der Russischen Armee freiwillig ist. Deshalb fügen sich viele junge Leute, insbesondere aber auch gestützt von den eigenen Angehörigen, den fragwürdigen Einziehungsmethoden: Um das Plansoll von 271.020 Rekruten für die Herbststeinberufung, die am 31.12.2009 offiziell endete, zu erfüllen, führten Militärkommissariate eine regelrechte Jagd auf wehrfähige Jugendliche durch. Das Soldatenmütter-Komitee meldete der IGFM allein für die Stadt St. Petersburg 43 Fälle von Verschleppung Jugendlicher, die von Milizen bei Razzien in Einkaufszentren, Studentenwohnheimen, Sporteinrichtungen, am Arbeitsplatz oder offen auf der Straße gewaltsam entführt und zu Kommissariaten gebracht wurden. Am 19.12.2009 erzwangen sich Soldatenmütter den Zugang zu einem Kommissariat und befreiten einen dort einsitzenden verschleppten Jugendlichen. Am 29.12. reichten sie eine Beschwerde mit einer Auflistung aller Rechtsverstöße bei dem Oberkommandierenden des Leningrader Militärbezirks N. Bogdanowskij und der Militärstaatsanwaltschaft auf allen Ebenen ein.

Die IGFM unterstützt das Soldatenmütterkomitee St. Petersburg finanziell, logistisch und publizistisch und will auch der Familie von Roman Kasakow beistehen. Könnten Sie sich vorstellen, eine Patenschaft für ihn oder andere mit gleichem Schicksal zu übernehmen?

Zur diesjährigen IGFM-Jahreshauptversammlung am 27./28. März 2010 wird die Pressesprecherin Popowa kommen und einen Rekruten mitbringen, der als Zeuge schwerer Menschenrechtsverletzungen berichtet. Für Ihre Spende geben Sie bitte das **Kenwort „Soldatenmütter“** an. (35)

„Universalität der Menschenrechte
– Gleiche Menschenrechte für alle!“

Jahreshauptversammlung der IGFM
am 27./28. März 2010 im GSI in Bonn

Die IGFM sieht zunehmende Tendenzen, dass sich Staaten unterschiedlicher Prägung in Bündnissen vereinigen, um die Universalität der Menschenrechte auszuhebeln und schließlich abzuschaffen. So ist die IGFM entsetzt darüber, wie gering der Protest der europäischen Staaten gegen die Annahme einer Resolution im Menschenrechtsrat war und ist, wonach Kritik am Islam unzulässig sein soll. Sollen wir wirklich hinnehmen, dass sich islamische Regierungen durch missbräuchliches Berufen auf ein angebliches göttliches Gebot unangreifbar machen wollen und Muslime mit und gegen ihren Willen auf ein Leben nach islamischem Recht auf der Basis von Koran und Scharia verpflichten, Nicht-Muslime weiterhin Bürger minderen Rechts sind, Steinigungen und andere barbarische Strafen als unvermeidbar begründet werden können? Die Entscheidung des Gremiums, das eigentlich über die Menschenrechte wachen soll, beschädigt nicht nur das Grundrecht auf die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Frau, sondern auch den Weg der Integration.

Daher hat die IGFM als Motto der diesjährigen Jahreshauptversammlung „Universalität der Menschenrechte – Gleiche Menschenrechte für alle!“ gewählt. Die Tagung beginnt mit einer Podiumsdiskussion zum Motto; dann berichten Zeugen schwerer Menschenrechtsverletzungen aus dem Iran, aus Russland, Kolumbien und anderen Ländern.

In Arbeitskreisen werden wir mit den Teilnehmern Aktionsmöglichkeiten und Meinungen zu Problemen in China, Kuba und zur Religionsfreiheit weltweit austauschen. Anlässlich des zweiten Gedenkjahres der deutschen Wiedervereinigung wollen wir erneut den Versuch starten, einen Arbeitskreis „Aufarbeitung“ ins Leben zu rufen.

Das internationale Flair der Tagung wird unterstrichen durch die aus allen Erdteilen anreisenden Mitglieder des Internationalen Rates der IGFM.

Die Tagung schließt mit den Rechenschaftsberichten des Vorstands in der für alle Gäste offenen Mitgliederversammlung.

Sie sind herzlich eingeladen. Gerne schicken wir Ihnen ein Programm zu.

Türkei: Eingeschränkte Religionsfreiheit für Christen

Wiedereröffnung der Pauluskirche in Tarsus auch wieder nur ein leeres Versprechen?

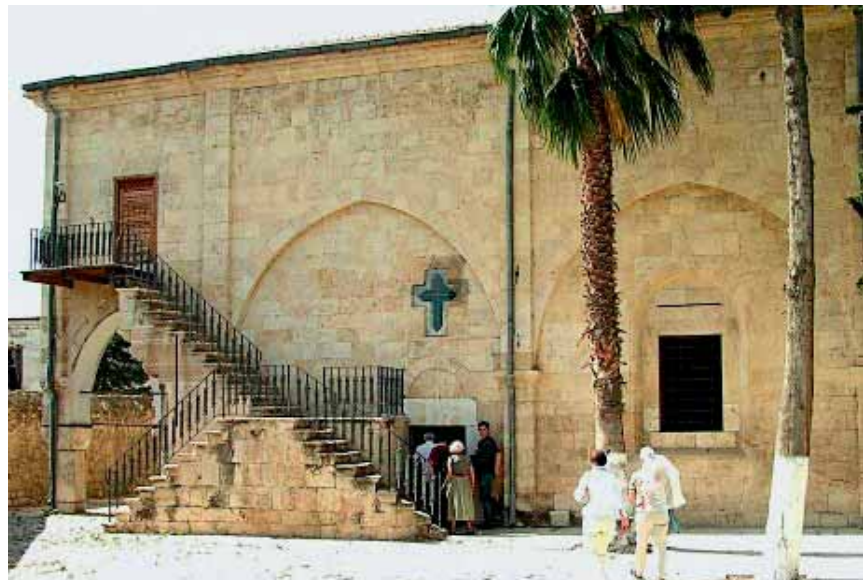


Foto: Kirche in Not

Der Behördenleiter des staatlichen Religionsamtes, Ali Badakoglu, hatte laut türkischen Medienberichten vom 4.1.2010 erklärt, dass die Pauluskirche wieder als Gotteshaus dienen solle. Die Kirche in Tarsus war anlässlich des Paulusjahres für Gottesdienste geöffnet worden, danach aber wieder nur als Museum gegen Eintrittsgelder zugänglich. Laut einer Meldung von Radio Vatikan soll Herr Badakoglu gesagt haben: „Wenn es an einem Ort eine christliche Gemeinde gibt und wenn diese eine Kirche einrichten will, dann müssen wir ihr helfen.“

Diese Worte hört man gern. Auch wenn das, was bisher von türkischer Seite zur Religionsfreiheit versprochen wurde, in den wenigsten Fällen eingehalten wurde, und wenn angesichts der Pilger- und Touristenströme im vergangenen Jahr eher finanzielle Interessen hinter dieser Aussage vermutet werden dürfen, so wollen wir doch das Vorhaben wohlwollend unterstützen und werden den Bürgermeister von Tarsus, Herrn Burhanetton Kocamaz, bitten, sich mit Nachdruck für die Eröffnung der Kirche einzusetzen. Doch Skepsis ist weiter angebracht: die selbst vom Staatsoberhaupt Erdogan immer wieder angekündigte Öffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Haybeliada wird seit Jahren unter fadenscheinigen Begründungen immer wieder verschoben.

Der „Appell an den Bürgermeister von Istanbul“ (Für die Menschenrechte Nr. 7/2009) ist am 31.12.2009 in der Zeitung „Deutsche Tagespost“ erschienen. Eine weitere Anzeige wird am 19. Februar in der evangelischen Zeitung „PRO“ veröffentlicht. Danach werden alle Unterzeichner, die genannt werden wollten, ein Belegexemplar erhalten. Wir danken für Ihre Unterstützung. Selbstverständlich können weiterhin Unterschriften unter den Appell gesammelt und uns zugeschickt werden. Über eine Reaktion, eine Änderung oder eine neue Entwicklung werden wir Sie unterrichten.

Frau Dr. Renate Sommer, MdEP, Türkei-Expertin im Europäischen Parlament, übte derweilen scharfe Kritik an der Eröffnung eines neuen EU-Zentrums in Istanbul. Das von der türkischen Staatsregierung und der Gemeinde Istanbul eingerichtete Zentrum wurde in einem Gebäude untergebracht, das 1999 widerrechtlich einer griechisch-orthodoxen Kirchenstiftung enteignet worden war. Ein solches Gebäude der EU vorzuschlagen, ist eine Verhöhnung der EU. Dass die EU im Wissen um die Herkunft des Gebäudes die Nutzung nicht sofort ausgeschlagen hat, spielt jenen in der Türkei in die Hände, die glauben, dass man Europa allein durch ständiges Fordern zermürben kann. Die IGFM fordert von der EU, zu den eigenen Werten zu stehen und die Rückgabe des Gebäudes an die Kirchenstiftung zu betreiben! Im März wird eine IGFM-Delegation in die Türkei reisen, um sich bei den Christen über ihre Sicht der Lage der Religionsfreiheit zu erkundigen. Bitte unterstützen Sie die Reise.

Kennwort Türkei (25)

IGFM weitet ihre Hilfszentren in Asien aus

Auch 30 Jahre nach Ende des Vietnamkrieges hat die Regierung in Vietnam noch immer ein tiefes Misstrauen in die ethnischen Minderheiten im Süden und die Bürgerrechtler sowieso. Ganz besonders die christlichen Minderheiten bei den Bergvölkern wie beispielsweise die Montagnards auf dem zentralvietnamesischen Hochland werden diskriminiert und zeitweise offen verfolgt. Die Regierung sieht in den ethnischen Christen politische Gegner, die die nationale Sicherheit gefährden könnten.

Viele tausend Montagnards flohen daher über die Berge und Flüsse in das benachbarte Kambodscha, wo sie sich wegen der gleichen ethnischen Abstammung Schutz erhofft hatten. Zunächst wurden sie zeitweilig geduldet. In den letzten Jahren jedoch arbeiten der kambodschanische und der vietnamesische Geheimdienst enger zusammen, um die Flüchtlinge unter Druck zu setzen. Manche wurden sogar entführt und für eine Strafverfolgung nach Vietnam gebracht. Das Vertrauen in das UN-Flüchtlingswerk in Kambodscha hatten die Flüchtlinge verloren, nachdem das Gerücht verbreitet worden war, dass vertrauliche Informationen über die Flüchtlinge aus diesem Büro in die Hände

der vietnamesischen Geheimdienste gelangt waren. So machten sich viele Montagnard-Flüchtlinge weiter auf den Weg nach Thailand.

Hier setzt die Hilfe der IGFM an. Gemeinsam mit dem Partner des bereits bestehenden Hilfswerks zur Bekämpfung von Sklaverei und Menschenhandel (CAMSA) in Malaysia, „Boat People SOS“ haben wir das Büro „ViCSCO“ ins Leben gerufen. ViCSCO ist die Abkürzung von „Vietnam Civil Society Collaboration Office“ (Büro für die Zusammenarbeit der vietnamesischen Zivilgesellschaft). Dieses Büro will den Flüchtlingen helfen, den Schutz durch die Vereinten Nationen zu bekommen, der ihnen zusteht, und gleichzeitig die schwache Stimme der vietnamesischen Zivilgesellschaft bei der neu installierten Menschenrechtskommission der Südostasiatischen Staaten bekannt

Innerhalb eines Jahres hat das CAMSA-Büro in Malaysia in über 40 Fällen moderner Sklaverei mit über 3.000 Opfern helfen können.

CAMSA Malaysia wird von einem Rechtsanwalt geleitet und unterstützt unter anderen Teneganita, eine der führenden malaysischen Organisationen gegen Frauenhandel.

machen. Mit diesem umfassenden Ansatz – Hilfe für Opfer, Bekämpfung der Ursachen – will die IGFM ihren Beitrag für die Bekämpfung der Flüchtlingsproblematik leisten.

Das ViCSCO-Büro wird von einem thailändischen Rechtsanwalt geleitet, der die Nöte und Sorgen durch eine einjährige aktive Vorbereitungsphase kennt, in der die IGFM diese Flüchtlinge bereits mit kleinen Beträgen für Wohnungsmiete und Essen unterstützt hat. Weil aber offensichtlich langfristige Hilfe notwendig ist, und um den Flüchtlingen das nötige Gehör zu verschaffen, musste ein offizielles Büro eingerichtet werden. Im Gründungsjahr will die IGFM das ViCSCO-Büro mit 10.000 Euro unterstützen. Danach soll das Büro selbstständig werden und sich selbst finanzieren. Bitte helfen Sie! **Kennwort: Thailand (23)**



Sie flohen zu Fuß über Kambodscha nach Thailand und bekamen keinen Termin beim UN-Flüchtlingswerk – damit keinen Schutz vor Übergriffen.

Liebe Freunde der IGFM, das vergangene Jahr war das bisher wirtschaftlich schwierigste Jahr. Durch Ihre Hilfe konnte es erfolgreich zu Ende gebracht werden. Dafür möchte ich mich im Namen des Vorstandes und der Mitarbeiter sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Ich danke Ihnen aber auch für Ihr Interesse an unserer Arbeit und die vielen zustimmenden, aufmunternden und kritischen Stimmen. Ich freue mich auf ein weiteres Jahr im Dienste der Menschenrechte und Völkerverständigung und auf Ihre Zusammenarbeit und Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Karl Hafen
Geschäftsf. Vorsitzender

Tätigkeits- und Kassenbericht für 2009 werden am 28. März 2010 öffentlich vortragen und dann an die verschickt, die ihn gerne lesen möchten.

Humanitäre Hilfe, die ankommt! – unbürokratisch und ehrenamtlich, seit 20 Jahren

Die Humanitäre Hilfe der IGFM ist heute ein Brückenschlag zu denen, die bei der Abwägung der Vorrangigkeit beim Aufbau ihrer Länder nach Ende des Sozialismus „durch die Raster gefallen“ sind. Zielgebiete für Pakete und Transporte sind arme, überwiegend alte und behinderte Menschen sowie kinderreiche Familien in Litauen und Lettland, in Rumänien und Albanien, aber auch in Kroatien und Bosnien, die 15 Jahre nach Kriegsende weiterhin in Lagern und Notunterkünften leben, weil deren Volkszugehörigkeit von dem Aufnahmeland immer noch nicht akzeptiert worden ist.

Die Arbeitsgruppe Wittlich unter Leitung der IGFM-Vorsitzenden Katrin Bornmüller hat sich besondere Verdienste im Sinne des Brückenschlags und der Völkerverständigung erworben: Noch vor Ostern verlässt der 300. Lastzug seit Aufnahme der Hilfe im Jahre 1990 die Eifel. Inzwischen ist die Helferguppe zum Sammeln, Sortieren, Reinigen und Packen über 30 Personen stark, fast jede zweite Woche verlässt ein Lastzug das große IGFM-Lager. Alles geschieht ehrenamtlich, seit 20 Jahren. Ein Transport kostet im Durchschnitt 1.700 Euro. Dieses Geld muss mühselig gesammelt werden. Bitte unterstützen Sie diese großartige Hilfe!

Kennwort Transporte (40)

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes Konto:



IGFM:
Konto Nr. 23 000 725,
Tanus-Sparkasse,
BLZ 512 500 00



Tibeter, die Deutschland erreicht haben, erhalten nicht automatisch Asyl, sondern auch sie müssen politische Verfolgung glaubhaft machen. Oftmals sehr schwierig, wenn auf dem langen Weg bis hierher alle Beweise verloren gegangen sind. Die Arbeitsgruppe München und ganz besonders Frau Adelheid Dönges helfen, Berichte aus der Volksrepublik China zu beschaffen und zu übersetzen, Dokumente auf Authentizität zu prüfen und mittellose Tibeter durch finanzielle Hilfe die ersten Schritte bei der Erkämpfung ihrer Rechte zu erleichtern. Im vergangenen Jahr verhandelte die Arbeitsgruppe mit Rechtsanwälten und schoss in mehreren Fällen die Honorare vor. Einige Fälle wurden mithilfe der Arbeitsgruppe erfolgreich abgeschlossen. Ein Resultat dieser jahrelangen Arbeit ist das wahrscheinlich größte aktuelle deutschsprachige Archiv über Tibet sowie eine Anerkennung des Dalai Lama für diese ehrenamtliche Arbeit.

Kennziffer: (26)

Guinea/Conakry – von einer Diktatur in die nächste

Seit sich die IGFM 1975 für einen deutschen Entwicklungshelfer in Guinea einsetzte, der als angeblicher Spion verhaftet worden war, steht dieses westafrikanische Land im Fokus der IGFM. Frau Ursula Reimer, die diese Arbeit federführend leistet, reiste nach dem Tod des Diktators Sekou Touré 1984 nach Guinea/Conakry und setzte sich vor Ort erfolgreich für die Freilassung der politischen Gefangenen ein und bemühte sich mit humanitärer Hilfe um die mittellosen Angehörigen, darüber hinaus um die gesundheitliche Fürsorge und die schulische und berufliche Ausbildung und Wiedereingliederung der Kinder ehemaliger politischer Gefangener. Mehrfach war sie als Krankenschwester dort im Dienste medizinischer Hilfswerke. Diese Arbeit setzte sie unter dem nächsten Diktator Conté, einstmals als demokratischer Hoffnungsträger angetreten, fort. Auch mit dem neuen Diktator Dadis Camara, der am 28.9.2009 in eine Menschenmenge schießen ließ, weil sie gegen seine Präsidentschaftskandidatur protestierte, geht sie hart ins Gericht, ehrenamtlich – seit 32 Jahren.

Kennziffer: (13)

China ist nicht nur Partner, sondern auch Gegner

IGFM fordert Änderung der allgemeinen Zollpräferenzen für Waren aus China

Bei der immer wieder beschworenen Partnerschaft mit der Volksrepublik China, wenn es um Absatzmärkte und Milliardenprofite für Aktionäre geht, sollte man nicht vergessen, dass die chinesische Regierung ein Gegner von Menschenrechten und Demokratie ist. Dass China nun Deutschland als Welthandelsmacht überholt hat, hat es nicht allein eigenen Anstrengungen zu verdanken, sondern dieser Erfolg ist auch auf weltweitem geistigen Diebstahl und Plagiaten und auf dem Rücken von Millionen von Zwangsarbeitern im Laogai-Strafsystem der Volksrepublik aufgebaut. Die IGFM und die LOGAI Research Foundation haben bei der EU-Kommission in Brüssel beantragt, die gültigen Einfuhrvorschriften zu ändern und der Volksrepublik China wegen fortgesetzter schwerer Menschenrechtsverletzungen und des Laogai-Zwangsarbeitersystems die Vorteile aus dem „Schema allgemeiner Zollpräferenzen“ zu entziehen. Das Ziel der Allgemeinen Zollpräferenzen, von dem derzeit 176 Staaten profitieren können, besteht darin, Entwicklungsländern zu ermöglichen, durch Zollvorteile vom internationalen Handel zu profitieren.

Die VR China ist uneinsichtig hinsichtlich jeglicher Kritik an ihren schweren Menschenrechtsverletzungen und erpresst sich regelmäßig die Nichtbefassung vor den Vereinten Nationen durch diplomatisches Ausspielen und durch Drohungen. Mehr Informationen über Zwangsarbeit in der VR China bietet die Publikation „Das Laogai-System“ (10 Euro inkl. Porto) an, die auf ca. 30 Seiten einen Überblick über die verschiedenen Stufen von der „Administrativen Haft“ über die strenge Lagerhaft bis hin zum Einsatz der Psychiatrie aus politischen Gründen und die Jugendstrafhaft gibt.

An die: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Bitte schicken Sie mir:

eine Einladung zur Jahreshauptversammlung der IGFM

die Broschüre „Das Laogai-System“ (Euro 10,--)

Name, Anschrift, Unterschrift _____

DDR-Aktion und Reaktion

In zwei Ausgaben der Zeitschrift MENSCHENRECHTE (zusammen 7,50 Euro inkl. Porto) haben wir zur Jahreswende 2009/2010 die DDR-Arbeit der IGFM 1972 bis 1990 und die Reaktion des Ministeriums für Staatssicherheit darauf Revue passieren lassen. Als Zeitdokument eine Mahnung zur Notwendigkeit der Aufarbeitung als Vorbedingung zur Versöhnung zwischen Opfern und Tätern.

Assoziation von IGFM und GEP

Nach über 30-jähriger freundschaftlicher Zusammenarbeit sind die IGFM und die Walter-von-Baeyer-Gesellschaft für Ethik in der Psychiatrie e.V. im Dezember 2009 eine Assoziation eingegangen. Den älteren Mitgliedern ist die GEP noch als „Deutsche Vereinigung gegen politischen Missbrauch der Psychiatrie“ (DVpMV) bekannt. IGFM und DVpMV hatten wegen fortgesetzten Missbrauchs der Psychiatrie und nach der Verurteilung des sowjetischen Bürgerrechtlers und Psychiaters Dr. Anatoly Korjagin 1983 erfolgreich den Ausschluss der Sowjetunion aus dem „Weltverband für Psychiatrie“ betrieben, dem die Sowjetunion durch Austritt am 21.1.1983 zuvorkam.

Öffentlichkeitsarbeit ist
unsere schärfste Waffe
Presseerklärungen,
Flugblätter und Unterschriftenlisten
finden Sie unter www.igfm.de
Auch Ihr Anruf (069-420108-0)
ist willkommen



Impressum

Herausgeber:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte –
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
E-Mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion:

Karl Hafen

Erscheinungsweise:

alle zwei Monate

Druck:

MDV-Druck GmbH, Merzig

Satz und Layout:

Angelika Kleine

Sektion Österreich:

Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien,
ab 1.3.2009

Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien

Tel.: 1 - 332 95 43, Fax: 1 - 330 62 88

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 32 - 331 75 67, Fax: 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer

der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Mei-

nungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des

Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahl-

karte der IGFM bei.